

## Stellungnahme zum Postulat 152

### Mediale Grundversorgung als Basis einer intakten Demokratie

Regula Müller und Benjamin Gross namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. Dezember 2025  
Antrag des Stadtrates: Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung, StB 44 vom 21. Januar 2026

#### Ausgangslage

Am 8. März 2026 kommt die eidgenössische Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Die Initiative will die Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen von heute Fr. 335.– auf neu Fr. 200.– reduzieren und Unternehmen gänzlich von der Abgabepflicht befreien.

Die Postulantin und der Postulant bitten den Stadtrat, sich öffentlich gegen die sogenannte Halbierungsinitiative und den damit drohenden Abbau der SRG zu positionieren. Sie begründen ihr Anliegen mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit unabhängiger Medien und verlässlicher Informationen für die neutrale Meinungsbildung der Bevölkerung in einer funktionierenden Demokratie: Mit der starken Kürzung der Gelder seien die dezentrale Struktur der SRG und insbesondere auch das Regionalstudio Luzern, das die sechs Zentralschweizer Kantone und die Gemeindepolitik abdeckt und eine regelmässige Berichterstattung über regionale Geschehnisse und die kommunale Politik gewährleistet, massiv bedroht.

#### Erwägungen

Der Stadtrat erachtet die Sorgen der Postulantin und des Postulanten als begründet und spricht sich gegen die SRG-Initiative aus. Er schliesst sich damit der ablehnenden Haltung von Bundesrat und Parlament an und teilt die Einschätzung der Luzerner Regierung, die die Initiative ebenfalls ablehnt ([Luzerner Regierung lehnt SRG-Initiative ab](#)). Zur Begründung kann auf die vom 8. Januar 2026 datierte Mitteilung des Schweizerischen Städteverbandes [«Die Städte brauchen starke Medien»](#) und das Positionspapier [«Starke Regionalmedien für eine funktionierende Demokratie»](#) verwiesen werden. Der Städteverband erklärt darin, dass die Städte als zentrale Akteure der lokalen Demokratie auf ein vielfältiges, unabhängiges und für alle zugängliches Medienangebot angewiesen sind, um die Bevölkerung zu informieren, öffentliche Debatten zu bereichern und das Vertrauen in die politischen Prozesse zu stärken: «Bei einem «Ja» an der Urne würde das Budget der SRG um mehr als die Hälfte [...] gekürzt. Dies hätte einen erheblichen Rückgang des Angebots der SRG zur Folge, die gezwungen wäre, ihre Organisationsstruktur massiv zu zentralisieren und ihre Verankerung in den Regionen aufzugeben, was zu einem deutlichen Abbau des Regionaljournalismus führen würde. Ausserdem wären tiefe Einschnitte im Angebot der SRG erforderlich, sowohl bei Sport und Kultur als auch im Informationsbereich. Und schliesslich müsste die SRG rund 2'400 Vollzeitstellen streichen. Solche Folgen wären für die Information, die Kultur und die Demokratie in den Städten verheerend.»

**Fazit**

Der Stadtrat spricht sich der Haltung des Städteverbandes und der anderen Städte entsprechend gegen jede weitere Senkung der Radio- und Fernsehgebühr ab und lehnt die SRG-Initiative entschieden ab, weshalb die Erheblicherklärung des Postulats beantragt wird. Mit vorliegender Stellungnahme und dem Einsitz mehrerer Mitglieder des Stadtrates als Einzelpersonen im Regionalkomitee Zentralschweiz des Nein-Komitees ist das Anliegen bereits erfüllt, weshalb gleichzeitig mit der Erheblicherklärung die Abschreibung des vorliegenden Postulats beantragt wird.